

Das zerrupfte Modell

Studie: Ist das „Modell Südtirol“ bereits Vergangenheit? Eine Eurac-Studie empfiehlt der Landesregierung eine radikale Kurskorrektur.



FOTOS: SEEHAUSER

ass über Südtirols Zukunft nachgedacht werden muss, hat auch Landeshauptmann Luis Durnwalder erkannt. Erst im Sommer hat er die Einsetzung einer Denkschmiede angekündigt, die ihm helfen soll, über den engen Tellerrand der tagespolitischen Entscheidungen hinauszuschauen. Landtag, Landesregierung, Parteien und Verbände genügen ihm nicht.

Eine Institution, die immer öfter dieses Vakuum zu füllen sucht, ist die Europäische Akademie. Sie hat vor wenigen Monaten ein Mammutwerk zur Autonomie vorgelegt und wurde dafür von offizieller Seite heftigst gerügt. Werner Stuflesser, der Präsident der Akademie und Mitglied der SVP-Parteileitung, ließ sich davon wenig beeindrucken und beharrte auf der Unabhängigkeit der Wissenschaft.

Multikulturell. Jetzt legt die Akademie eine 176 Seiten starke Studie mit dem Titel „Erfolgsfaktoren einer Region: das Modell Südtirol“ vor. Herausgekommen ist ein politisches Manifest, das neben oft Gehörtem auch beachtlichen Zündstoff birgt. Beispielsweise, wenn die Autoren das „Südtiroler Modell einer gründlichen Wartung unterziehen“ wol-

len oder im Zusammenhang mit der „Anwesenheit mehrerer ethnischer Gruppen“ von einer multikulturellen Gemeinschaft schreiben. Oder wenn sie fordern, dass „die regionale Verwaltungsautonomie sich zu einer Gebietsautonomie emanzipieren und dabei die historischen Schranken einer ausschließlich ethnischen Autonomie über-

Bauen in Gewerbebezonen: „Einerseits fehlt Kubatur, andererseits wird sie gehortet“

winden muss“. An diesem Punkt dürften die acht Autoren, die alle nicht im Verdacht stehen, einem links-alternativen Zirkel anzugehören, das Fracksausen bekommen haben. Denn vorsorglich schränken sie ein, dass „einzelne Anregungen möglicherweise abstrakt und radikal erscheinen“. Es liege

DIE AUTOREN

Bewahren und Erneuern

Giorgio Pasquali: Ingenieur, Exbürgermeister von Bozen und Umweltlandesrat. Er hat das Projekt geleitet.

Silvano Bassetti: Architekt, Urbanistikstadtrat von Bozen und Mitglied des Nationalen Institutes für Raumordnung.

Marianna Fumai: Umweltplanerin.

Italo Ghirigato: Ex-Cisl-Gewerkschafter und ehemaliger Vizedirektor des Arbeitsförderungsinstitutes.

Flavio Ruffini: Landschaftsplaner und Koordinator des Bereiches „Alpine Umwelt“ der Eurak.

Gottfried Tappeiner: Volkswirt, Professor für Wirtschaftstheorie und -politik an der Uni Innsbruck und wissenschaftlicher Berater des Wirtschaftsforschungsinstitutes der Handelskammer Bozen.

Ulrike Tappeiner: Biologieprofessorin an der Uni Innsbruck und Leiterin des Bereiches „Alpine Umwelt“ der Eurak.

dann aber an der Politik, diese richtig zu vermitteln und zu gestalten.

SVP-Obmann Siegfried Brugger kommt dieser Einladung gerne nach, aber anders, als sich die Autoren und die Akademie vielleicht erhofft oder erwartet haben. „Ich finde es äußerst sonderbar“, ärgert sich Brugger, „dass die Europäische Akademie nur in eine Richtung marschiert. Wenn ich Zeit hätte, würde ich mich gerne an einer solchen Studie beteiligen, das wäre eine große Herausforderung für mich.“

Den Begriff von der „multikulturellen Gemeinschaft“ bezeichnet Brugger als „absolutes Schlagwort, das Intellektuelle in ihrem Elfenbeinturm verwenden, ohne die Südtiroler Realität ausreichend zu betrachten“. Und die Forderung, die „ethnische Autonomie“ in Südtirol in eine „Gebietsautonomie“ umzuwandeln, sei ein „vollkommen überflüssiger Satz, weil es in Südtirol bereits heute so ist, dass der Landeshauptmann, der Landtag und die Parlamentarier nicht nur eine in Südtirol lebende Volksgruppe vertreten, sondern alle.“

Lob und Tadel. Autonomiepolitische Fragen werden in der „Modell Südtirol“-Studie nur am Rande berührt. Im Mittelpunkt stehen die Raumordnung, die Umwelt und die Wirtschaftspolitik. Die Autoren ließen sich dabei von dem Bemühen leiten, die einzelnen Bereiche nicht isoliert, sondern „interdisziplinär“ zu betrachten.

Dieser Ansatz ist es auch, dem die Grünen-Landtagsabgeordnete Cristina Kury am heftigsten applaudiert. „In Südtirol wird stets nur in Sektoren gedacht, wie sich aber die einzelnen Sektoren auf andere Sektoren auswirken, bleibt meistens unberücksichtigt.“ Bestes Beispiel dafür sei der Verkehrsplan: Zuerst wird der Verkehrsplan verabschiedet und in einem zweiten Schritt werden „ad hoc und je nach Bedarf neue Verkehrsinfrastrukturen eingetragen. Oder auch das Landschaftsleitbild. „Was bringt es“, fragt sich Kury, „wenn es parallel dazu eine Raumordnung gibt, ohne wesentliche Kriterien des Landschaftsleitbildes dort aufzunehmen?“

Wer lobt, darf auch tadeln. Getreu diesem pädagogischen Grundsatz beschreiben die acht Verfasser der Studie das „Modell Südtirol“ als Erfolgsstory, die sich mit vergleichbaren Regionen in Europa und insbesondere in den Alpen jederzeit messen kann. Das gilt zumindest rückblickend. Das Modell, das die Autoren als „theoretische Struktur“ und nicht als „perfekt oder nachahmenswert“ verstanden wissen wollen, ist bekannt: ein verbreiteter Wohlstand, sozialer Frieden und Vollbeschäftigung, ein konstantes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig geringem Flächenverbrauch, ja sogar eine Betonung der Umweltpolitik, der die Erhaltung der traditionellen Kulturlandschaft am Herzen lag.

Aber dann kommt das Aber. Diese Erfolge, so stellen die Autoren fest, sind in der Vergangenheit eher durch Zufall als durch ein klares langfristiges Konzept erzielt worden, und Entwicklungen, die auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene erkennbar seien, würden das Erfolgsmodell untergraben. „Man kann nicht darüber hinwegsehen, wie radikal diese Neuerungsprozesse einige Grundbausteine des „Südtiroler Modells“ angreifen.“

Als Beispiele nennen die Autoren die Globalisierung der Wirtschaft, den intensiver werdenden Fremdenverkehr und „das langsame Loslösen der jüngeren Generation vom klassischen Lebensmodell der traditionellen Berglandwirtschaft“. Die Antworten, welche die Politik in den vergangenen Jahren auf diese Herausforderungen gegeben hat, seien Besorgnis erregend und auf „die Schwäche der derzeitigen politischen Verwaltung und auf das Fehlen von Ideen zur Umwandlung des traditionellen Modells“ zurückzuführen.

Die alarmierenden Folgen dieser Entwicklung machen die Autoren bei den vielen Lockerungen in den Bereichen Natur- und Landschaftsschutz sowie in der Raumordnung aus. „In der aktuellen Phase des Modells macht sich eine Schwächung und Deregulierung der Planungspolitik sowie der traditionellen legislativen und verwal-

Risse im „Modell“

Die Nutzung von Boden und Naturressourcen hat eine kritische Schwelle erreicht. Im Land ist eine unausgewogene Entwicklung der Sektoren erkennbar.

Der Südtiroler Fremdenverkehr muss sich langfristig auf eine reale - und nicht bloß in der Werbung versprochene - Umweltqualität stützen können.

Das Absacken der Marktpreise verleitet zu einer Intensivierung der Agrarproduktion auch in der Berglandwirtschaft. Dies steht im Widerspruch zur Behauptung, die Berglandwirtschaft sei a priori umweltverträglich.

In Südtirol befinden sich hochgradig verschmutzte Böden in der Nähe von Gewerbegebieten, landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie entlang von Hauptverkehrsadern.

Für eine moderne Verkehrspolitik ist es heute eigentlich nicht mehr möglich, sich ausschließlich auf ein größeres Infrastrukturangebot, insbesondere auf den Ausbau von Straßen, zu stützen.

Die bewusst verfolgte Politik, viele unter Produktivitätsgesichtspunkten zweifelhafte Infrastrukturen (z.B. Kulturhäuser, Feuerwehrhallen) an die Peripherie zu bringen, war und ist ebenfalls als Quelle der marktlichen Nachfrage für das Handwerk zu werten.

Ein besonderes Problem stellt das Bauen im landwirtschaftlichen Grün dar. Dort kam es in den vergangenen 20 Jahren zu einem nennenswerten Anstieg der Bautätigkeit sowohl für Wohn- als auch für Fremdenverkehrszwecke. Man kann sogar von einem „Horten“ von Bauvolumen durch eine zweckentfremdete Nutzung der Flächen sprechen.

Besorgnis erregend sind ferner Maßnahmen, die das Abwandern der lokalen Bevölkerung aus den entlegensten Gebieten um jeden Preis verhindern wollen und dabei auch vor verhängnisvollen Eingriffen in den Naturhaushalt nicht Halt machten.

Im derzeitigen technisch-rechtlichen Planungs- und Verfassungsablauf steht die UVP paradoxerweise am Ende des Entscheidungsprozesses. Dabei geht man bereits davon aus, dass diese Projekte den geltenden Vorgaben der Raumordnung entsprechen.



■ tungstechnischen Gestaltungsmodalitäten zugunsten liberalisierter Wirtschaftsimpulse bemerkbar." Mit dramatischen Konsequenzen. Die Autoren beklagen:

■ eine massive Verbauung des landwirtschaftlichen Grüns mit einer „erschreckenden“ Zunahme des Urbanisierungsgrades und von versiegelten Flächen in der offenen Landschaft;

■ eine „intensive Nutzung und damit Zerstörung, Zerschneidung und Isolierung naturnaher Flächen“, die zu einer allgemeinen Verarmung an naturräumlichen Werten und zu einer Abnahme der Landschaftsvielfalt führt;

■ ein bedenklicher Zustand der Wasserqualität und eine fortschreitende Verarmung der Artenvielfalt in den Wäldern durch eine unangepasste forstwirtschaftliche Nutzung;

■ eine unkontrollierte Zunahme des motorisierten Verkehrs und „hochgradig verschmutzte Böden“ in der Nähe von Gewerbegebieten, landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie entlang der Hauptverkehrsadern,

■ einen zu hohen Nutzungsdruck auf die natürlichen Gefahrenzonen und das Fehlen einer integrierten Naturschutzstrategie.

Urbanistik- und Naturschutzlandesrat Michl Laimer hat auf diese Kritik mit dem Hinweis reagiert, dass ein neues Urbanistengesetz in Ausarbeitung sei, in dem die aufgetretenen Schwachstellen behoben werden. Wirtschaftslandesrat Werner Frick zeigt sich überzeugt, dass die oft beklagte Zersiedelung nicht so stark sei und dass einige Forderungen, die in der Studie erhoben werden, wie zum Beispiel die Mehrgeschossigkeit im Gewerbebau, bereits umgesetzt sind.

Frick begrüßt die Studie, weil sie „wichtige Impulse“ gebe. Das gelte zum Beispiel für die Forderung, dass die Fort- und Weiterbildung kontinuierlich auszubauen sei. Die Autoren schlagen nämlich vor, dass jeder Südtiroler und jede Südtirolerin zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr in den Genuss von

„mindestens 4.000 Fortbildungsstunden“ kommt. Selbst eine Ausdehnung der Maut oder die teilweise Sperrung von bestimmten Straßen, die sich durch die touristische Mobilität einem Kollaps nähern, stellt für Frick keinen Tabubruch dar.

Steuern. Anstößiger ist für den Wirtschaftslandesrat etwa der Vorschlag neuer Steuern bei Bauten in den Gewerbebezonen. Die Verfasser der Studie gehen davon aus, dass in den Gewerbebezonen viel Fläche und Kubatur nicht effizient genutzt werden. Wirtschaftsprofessor Gottfried Tappeiner, einer der Mitautoren der Studie, fordert in beinahe marxistischer Lesart, „dass die Produktionsmittel in die Hände jener gehören, die sie benutzen.“ Um die geringe Auslastung weniger rentabel zu machen und gleichzeitig jenen Betrieben, die erweitern oder sich neu ansiedeln möchten, entgegenzukommen, schlagen die Autoren eine Besteuerung vor.

Frick hält diesen Einwand für eine „Marginale“, die am eigentlichen Thema vorbeigehe. Das Gegenteil sei der Fall: „Wir haben nicht zu viel, sondern zu wenig Fläche und Kubatur in den Gewerbebezonen, mit einer Ausnahme: die Industriezone Bozen Süd, wo es uns in den letzten Jahren gelungen ist, eine hervorragende Mittelstandspolitik zu machen.“

Und wenn Unternehmer klagen, dass das Land und die Gemeinden zu wenig Gewerbegrund zur Verfügung stellen und dass sie deshalb gezwungen sind, ihre neuen Betriebe im Ausland anzusiedeln?

Für diese Drohungen und Klagen hält Bozens Urbanistikstadtrat Silvano Bassetti, auch er hat an der Studie mitgearbeitet, ein schlagendes Argument parat. Die bebaubare Fläche in Südtirol ist begrenzt, sie kann nicht beliebig erweitert werden. „Die Politik muss diese Realität anerkennen und klarsagen: Mehrverbauen geht nicht.“ Auch zum Preis, dass viele Betriebe ins Ausland abwandern.

Franz Plörer



Tourismus und Landwirtschaft: „An den Grenzen der Belastbarkeit“